

Annoncen  
Annonce-Drausen.  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelmsstr. 17)  
bei C. H. Ulrich & Co.  
Breitestraße 14,  
in Gnesen bei Ch. Spindler,  
in Grätz bei L. Streissand,  
in Mieseritz bei Ph. Matthiess.

Annoncen  
Annonce-Drausen.  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien:  
bei S. F. Paule & Co.,  
Haafenstein & Vogler,  
Rudolph Mosse.  
In Berlin, Dresden, Görlitz  
beim „Invalidendenk“.

# Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Nr. 311.

Donnerstag, 4. Mai.

1882.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

## Vom Landtage.

Abgeordnetenhaus.

57. Sitzung.

Berlin, 2. Mai. Am Ministertische v. Puttkamer, Bitter und Kommissarien.

Ratdem der Rechenschaftsbericht über die Verwendung der flüssig gemachten Bestände der in § 94 der Unterlegungsordnung vom 14. März 1879 bezeichneten Fonds und der im § 95 Absatz 3 erwähnten Gelder für die Zeit vom 1. Oktober 1880 bis 31. Dezember 1881 unbeanstandet genehmigt ist, tritt das Haus in die erste Berathung des Gesetzentwurfs betr. die Verwendung der in Folge weiterer Reichssteuerreformen an Preußen zu überweisenden Geldsummen ein.

Abg. v. Benda: Für dieses Gesetz sind nur die, welche die Steuerreform des Kanzlers ganz und voll anzunehmen und einen Wechsel auf 180—190 Millionen zu unterzeichnen bereit sind. Die nationalliberale Partei sieht als eigentlichen Zielpunkt dieser Vorlage das Tabakmonopol und muß schon deshalb gegen sie stimmen. Sie verbietet sich zur Steuerreform von 1879 keineswegs unbedingt ablehnend, auch sie wollte das Reich in seinen Finanzen auf eigene Füße stellen und die Matrikularbeiträge wesentlich erleichtern. Ihre Ablehnung der Tarifreform erfolgte wegen des Frankenstein'schen Antrages.

Das Ziel, das Reich auf eigene Füße zu stellen, ist nach dem eigenen Bekenntnis der Regierung erreicht. Die Finanzlage des Reichs gibt zu Bedenken keinen Anlaß, die Preußen hat sein Finanzminister selbst wenn nicht als eine vorzügliche, so doch als eine sehr gute bezeichnet. Ein dringendes Bedürfnis zur weiteren Steuervermehrung liegt also nicht vor. Die Forderung, die Kommunen zu entlasten durch Überweisung eines Anteils der Grund- und Gebäudesteuer, ist wesentlich aus dem Schope meiner Partei hervorgegangen, und sie hält auch noch heute daran fest. Diese Entlastung müßte aber aus den 1879 bewilligten, nicht aus neu zu bewilligenden Steuern erfolgen. Zudem ist die Lösung dieser Frage sehr schwierig. Warum erhalten wir nicht das Kommunal-Steuergesetz, welches uns seit langer Zeit verheißen ist? Auch wir glauben, daß man die beiden untersten Stufen von der Klassensteuer vollständig entlasten müßte, daß aber eine angemessene Reform der direkten Steuern in Preußen selbst geschehen kann und daß wir dazu des Reichs nicht bedürfen. Was die Befreiung der Kommunen von dem Schulgelde betrifft, so sei daran erinnert, daß von 1871—1882 das Budget für die Elementarschulen von 1 Million auf 20 Millionen und das Budget des Kultusministeriums von 7 auf 50 Millionen gestiegen ist. Dies könnte uns nicht abhalten Mehrbewilligungen zu machen, sofern nur die Mittel sich darbieten; um so bedauerlicher ist es, daß dieser Beitrag von 1880—1882 für Steuererleichterungen hergegeben worden ist. Am allerwenigsten können wir uns für den Gedanken begeistern, daß nun auf einmal mit einem Schlag 50 Millionen geschaffen werden sollen, um die Gemeinden von dem Schulgelde überhaupt zu entlasten. Kommt denn etwa aus unbekannten Gegenden Gold und Silber? Müssen wir nicht alles dies aus der eigenen Tasche hergeben? Eine solche Operation ist nichts weiter als eine anderweitige Vertheilung der Schulfosten ohne wirkliche Erleichterung. (Zustimmung links.) Auch wir haben für die Verbesserung der Lage der Beamten ein warmes Herz und wollen uns der Erhöhung ihrer Gehälter nicht entgegenstellen, wenn auch vor 5 Jahren in der Budgetkommission festgestellt worden ist, daß diese Steigerung zu einem gewissen Abschluß gelommen sei. Aber man soll mit Mas, mit Rube vorgehen und nicht unersättliche Hoffnungen erwecken. Wir haben uns dem Zusammenhang der Finanzen im Reiche und denen der Einzelstaaten nie entzogen. Wenn die Regierung ihre Methode änderte, welche es unmöglich macht feste Majoritäten in den Parlamenten zu bilden (Sehr richtig! links), so wird auch von dem circulus vitiosus nicht die Rede sein, von dem die Motive sprechen. Die nationalliberale Partei will ihrem Programm nach den Weg einer rubigen und stetig geordneten Finanzwirtschaft in Anlehnung an die alten preußischen Überlieferungen nicht verlassen. Sie will alte eingewohnte Steuern nicht zerstören um Ideale willen, welche vollkommen noch in der Luft schweben und zum Theil dem äußersten Widerpruch in fast allen Schichten der Bevölkerung begegnen; sie will vor Alem auch die Steuerkraft im Lande schonen. Hierach erläutere ich bestimmt, daß das Verwendungsgesetz für die überwiegende Mehrheit der national-liberalen Partei unannehmbar ist. Wir sind im Begriff, wenn wir uns auch noch so sehr sträuben, die ärmeren Volksklassen auf eine Weise zu belasten, gegen welche alle Kompensationen nicht ausreichen. (Lebhafte Zustimmung links.)

Abg. v. Rauchhaupt: Auf dem Gebiet dieser schwierigen Materie freuen sich die Steuerinteressen des Reichs, die Einzelstaaten und die Anforderungen der Kommunen und Kommunalverbände, ohne daß es möglich ist, daß die verschiedenen Körperschaften sich miteinander verständigen. Dadurch wächst die Schwierigkeit in unglaublicher Weise. Bei allem redlichen Willen gelang es im vorigen Jahre nicht, in der Kommission zu einem Resultat zu gelangen. Gleichwohl hat die Regierung die Mühe nicht gescheut, nochmals mit einem Verwendungsgesetz vor uns zu treten, ein Beweis, daß sie unverrückt die Ziele ihrer Steuerreform festhält, und die konservative Partei hat keine Verlassung, von ihrem früheren Standpunkte abzuweichen und wird die Regierung in der Verfolgung dieser Ziele unterstützen. Die Ziele sind dahin gerichtet, das Reich in seiner eigenen Finanzkraft und in seinem ganzen politischen Halt zu konsolidieren und von dem Kostfeld der Partikularstaaten unabhängig, sodann die Mittel möglicherweise flüssig zu machen, um den Staaten, denen man die indirekte Steuergesetzgebung entzogen hat, die Möglichkeit zu geben, ihre Bedürfnisse zu befriedigen und ihre direkte Steuern zu reformieren, endlich — und das ist wohl das Schwierigste — gleichzeitig den Kommunalverbänden zu helfen. Das Gesetz vom 27. Oktober 1879 hat alle diese Ziele bereits ausgebrochen, und darum ist es wunderbar, daß jetzt gerade die Herren auf der anderen (der linken) Seite des Hauses, denen wir dieses Gesetz verdanken, gerade Herr Hobrecht und seine Freunde, sich heute in fundamentalen Gegenjag zum Prinzip dieses Gesetzes befinden, da Herr v. Benda die Verwendung der 21 Millionen zu Steuererlässen bedauert. Wer ist denn der Vater dieses Gesetzes, das uns zu dieser Verwendung zwingt? Nicht die konservative Partei, die in ihrer großen Mehrheit, und ich darunter, dagegen stimmte, sondern die liberale erblickte darin eine wirklich rettende That. Wenn jetzt die Konsequenzen kommen und Sie (links) erkennen, daß diesem Hause sogar das Ausgabenbewilligungsrecht bezüglich der vom Reich an uns gelgenden Einnahmen verschrankt ist, dann ist es wirklich zu loben, in welcher konstitutioneller, freier liberaler Weise Sie die Gesetzgebung da-

mals besorgt haben, und wir, die Gegner derselben, sehen eigentlich mit einer gewissen Schadenfreude, wie Sie auf Grund des von Ihnen gewollten Gesetzes nun von der Regierung fortgesetzt beim Wort gehalten werden. Bei Ihnen haben sich die Beamten zu bedanken, daß sie noch warten müssen. Die Regierung hat sich bemüht die Fehler des Verwendungsgesetzes von 1879 zu korrigieren und die Zwangsfaulsel vom vorigen Jahre zu mildern, nach welcher nicht bloss die auf Grund des alten Gesetzes, sondern auch die neu eingehenden Steuern unverkürzt zu bestimmten Zwecken verwendet, die Klassensteuer, so weit sie nicht aufzuheben ist, den Kreisen, die Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer den Kommunen ohne Rücksicht auf spätere Bedürfnisse des Staates überwiesen werden soll. Aber die Fehler der früheren Gesetzgebung sucht die Regierung jetzt zu beseitigen: sie will von einem Steuererlaß über die 4 Klassensteuerfaulse binaus für alle Zukunft absieben, während die konservative Partei auch heute noch auf dem bei der Staatsberatung ausgesprochenen Standpunkt steht, die beiden untersten Stufen völlig außer Gewicht zu setzen. Ob man da nun in der Steuergesetzgebung eine gewisse Abrundung gewinnen soll, wie das zur Klassensteuer fünfzig heranziehende Existenzminimum zu bestimmen ist, dieß fragen lassen sich bei der organischen Steuerreform sehr wohl erledigen. Das vorliegende Gesetz hat aber auch die Zwecke bezüglich der Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer klarer gelegt und überbaut die im vorigen Jahre noch sehr im Dunkeln liegende Verwendung der an uns gelangenden Reichseinnahmen zu spezifizieren verucht. Das führt zu der Frage: ist es überhaupt glücklich in dieser Form der Verwendungsgesetzgebung für die Zukunft Gesetzgebung zu machen? Diese Frage ist so schwerwiegend, daß ich mich für verpflichtet halte, sie offen auszusprechen. Die Verwendungswette sind ja so reichhaltig, daß der Abg. Richter uns ja in seinem Antrag eine ganz neue Serie von dergleichen vorgeschlagen hat. Er ist ja eigentlich der Vater der Bestimmung, betreffend die Erleichterung der Schulfosten, die jetzt im Verwendungsgesetz steht durch seine Anregung, die er im vorigen Jahre dem Herrn Reichskanzler gab und die von denselben sofort mit Energie aufgenommen wurde, und jetzt kommt der Abg. Richter mit ganz neuen Verwendungswetten; er will sogar den Immobilien-, den Pacht- und Mietstempel ermäßigen lassen und die Gewerbesteuer reformieren. Der Finanzminister sollte sich wirklich bei Abschaffung eines neuen Verwendungsgesetzes des Herrn Richter bedienen. (Heiterkeit.) Die bisher mitgetheuten Zwecke haben bereits zum großen Erfolg gebracht, der Reichsregierung in der That Gegner bei der Durchführung ihrer wirtschaftlichen Reformpläne zu erwecken; wie das „Patrimonium der Enterbten“ in der offiziösen Presse dem Monopol ohne Zweifel eine ganze Reihe von Gegnern erweckt hat, so steigern auch die jetzt festgelegten Ziele, welche nach vielen Seiten hin in hohem Grade diskutabel sind, diese Gegnerschaft. Den einzelnen Zwecken sind viele wohl geeignet, aber nur, wenn sie einen organischen Reformplan der direkten Steuern vor sich haben. Sie sind gegen das Herausgreifen einzelner Punkte der Klassen- und Einkommensteuer, weil dadurch eine organische Steuerreform überhaupt erschwert wird, trotz ihrer Hinneigung für die Reformpläne der Reichsregierung. Fast allseitig würde man zustimmen, wenn die Regierung vorschläge, im Wege eines Schuldotationsgesetzes den Gemeinden zu helfen. Man kann dann zu denselben Resultaten, welche die Staatsregierung jetzt verfolgt. Aber gegen die jetzige Vorlage hört man die aller schwersten Bedenken, weil man von ihr die völlige Verstaatlichung der Schule fürchtet und die Rechte der Gemeinden und Familien an der Schule für gefährdet hält, wenn der Staat erst die Kosten für sie übernimmt. Man hält eine Einwirkung der Gemeinde und Familie auf die Schule alsdann wenigstens für kaum länger haltbar. Alle diese Bedenken werden laut und in den letzten Tagen selbst in Kreisen ausgeprochen, welche die wärmsten Freunde der wirtschaftlichen Pläne des Reichskanzlers in sich schließen. Mit der Überweisung der halben Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunalverbände steht es ähnlich. Über diese Frage sind bekanntlich meine politischen Freunde nicht einig: Der eine Theil wünscht den Erlaß der halben Grund- und Gebäudesteuer an die Kreise erfolgt, obwohl aus dieser Auffassung folgt, daß die Grandestester dadurch in die Lage kommen, den größten Theil der Kreislasten in Zukunft allein zu tragen. Eine Entscheidung für die eine oder andere Auffassung ist nur möglich, wenn man das ganze Bild der organischen Steuerreform vor sich hat, wenn man sieht, wie der Grundbesitz gegenüber dem Kapital herangezogen wird, wie sich die Personalsteuer gegenüber der Realsteuer stellt, wie weit die erste überhaupt noch erhoben werden soll, mit welcher prozentualen Erhöhung u. s. w. Von liberaler Seite hat noch Niemand ein Wort gesagt, woher die Mittel entnommen werden sollen zur Erleichterung der direkten Landes- und Kommunalsteuern. Die „Nationalzeitung“ sprach kürzlich von einem großen Programm, welches die Liberalen loslassen würden, ich habe aber von Herrn v. Benda nur das eine Wort „Getränkesteuer“ gehört und die allein kann doch nicht helfen. Die Steuerkraft des Landes wollen wir ebenso schonen wie er, aber am meisten angepannt ist sie auf dem Gebiet der Kommunalbesteuerung. Haben Sie kein Ohr für den täglich stärker werdenden Rothschrei, wissen Sie kein Mittel dieser Roth abzuhelfen — glauben Sie mir, der Herr Reichskanzler kriegt sein Tabakmonopol so sicher wie etwas! (Auf: abwarten!) Aber ganz unbedeutlich war es, daß Herr von Benda sich gegen das Monopol als eine Steuerbelastung der unteren Klasse aussprach. Weiß er nicht, daß gerade die jetzige Besteuerung des Tabaks, welche die Liberalen beschlossen haben, die untersten Volksklassen am meisten bedrückt und daß das Monopol das Mittel ist, diese Ungerechtigkeit zu beseitigen? (Lachen links.) Die Herren, welche lachen, rauchen ihre Cigare, die nicht höher besteuert ist, wie die des armen Mannes. Wo bleibt da Ihre Fürsorge für den armen Mann? Ihre günstige Position bei den letzten Wahlen beruhte auf der Unkenntlichkeit der Details der Monopolvorlage. Die Ungeheuerlichkeiten, welche Sie über die Vertheuerung des Tabaks dem Publikum vormalten, über die Rothlage der Arbeiter, die Schädigung der Fabrikanten, wo bleiben sie gegenüber der Vorlage? Tabak und Cigaren werden nicht teurer, Arbeiter und Fabrikanten werden reichlich entschädigt u. s. w. Ihren neuesten Flugblättern merkt man schon an, daß Sie Mühe haben, das Publikum an Ihre Behauptungen länger glauben zu lassen, es sind so gequälte Gründe, die Sie vorbringen, daß es sich kaum der Mühe verlohnt, sie zu widerlegen. (Sehr richtig! rechts.) Der Redner schließt mit dem Vorlade, das Verwendungsgesetz an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen.

Inserate 20 Pf. die fehlgepaßte Petitionen oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

Abg. v. Benda (zur Geschäftsordnung): Ich habe ein Misverständnis zu berichtigten. Ich persönlich habe gegen eine Kommissionsberatung nichts zu erinnern, habe aber keinen Antrag darauf gestellt. Meine Partei wird für Beratung im Plenum stimmen.

Abg. Richter: Herr v. Rauchhaupt hat sich für das Verwendungsgesetz einführen lassen; ich kann ihm aber versichern, daß ich, der ich gegen dasselbe eingeschrieben bin, ihm mit Wohlbehagen zugehört habe. Schneiden Sie die Aussätze gegen uns, zu denen er sich nach seiner konservativen Gesinnung verpflichtet fühlte, heraus, so haben Sie eine vortreffliche Rede gegen das Verwendungsgesetz. Wenn Sie (links) vor Ihren Wählern einmal um Gründe gegen das Gesetz verlegen sein sollten, nehmen Sie die Rede des Herrn v. Rauchhaupt, niederschmettern werden Sie dieses Gesetz mit den Worten des Herrn v. Rauchhaupt. (Heiterkeit.) Niemand hat die Prinzipien des Gesetzes schärfer vernichtet als Herr v. Rauchhaupt. Sie werden sich vielleicht wundern, wenn Sie Ihren eigenen stenographischen Bericht zu Gesicht bekommen. (Heiterkeit.) Herr v. Rauchhaupt hat Recht, dieses Gesetz wird der Wirtschaftspolitik und Finanzreform des Herrn Reichskanzlers noch mehr Gegner machen wie bisher. (Zuruf rechts: nein!) Herr v. Rauchhaupt hat sich zum Dolmetscher unserer Gesinnung gemacht, als er einen Steuerreformplan im Ganzen verlangt. Das haben wir dem Finanzminister schon so oft gesagt, aber obwohl uns wiederholte seit Jahren erklärt ist, der Steuerreformplan werde vorgelegt werden, kennen wir ihn immer noch nicht. Der Finanzminister schweigt darüber nach wie vor. Wozu also noch eine Kommissionsberatung. Sie mögen doch daran denken, daß diejenigen, die außerhalb sitzen, ein feines Gefühl dafür haben, was das Parlament sich jetzt bieten lassen muß. (Sehr richtig! links.) Wir stehen hier vor einer Frage der Würde des Parlaments. In einer der ersten Sitzungen des Abgeordnetenhauses hat der Finanzminister zugesagt, das Gesetz in kürzester Zeit vorzulegen, zur Fertigstellung hat die Regierung nahezu 1 Jahr Zeit gehabt. Kurz vor Ostern, nachdem wir hier Monate lang gesessen und gearbeitet, bringt man uns ein so wichtiges Gesetz und mutet uns zu, es zu erledigen, während der Reichstag sitzt. Wenn Sie sich das gefallen lassen, so ist das Ihre Sache. Ich meine, wir haben die Verpflichtung, darauf zu halten, daß die Staatsregierung auch diejenigen Rücksichten beobachtet, die sie den Vertretern des Volkes schuldig ist. (Sehr mehr! links.) Der Reichskanzler hat es scharf verurtheilt, daß die Landtage zusammenbleiben, wenn der Reichstag berufen ist, und jetzt ist es gerade die preußische Regierung, welche uns zumutet, in beiden Parlamenten nebeneinander die schwerwiegendsten Fragen zu lösen. Wenn man auf diese Weise mit den Parlamenten umgeht, dann ist zu fürchten, daß der Verkehr nicht mehr in denjenigen freundlich-parlamentarischen Formen zu halten, die wir alle aufrecht zu erhalten wünschen. (Oho rechts, lebhafte Zustimmung links.) Ich meine, daß die Zumutung, die man uns hier im letzten Augenblick stellt, während man monatelang Zeit hatte, uns zu fragen, eine unzulässige ist. (Zuruf.) Wer das nicht empfindet, mit dem will ich nicht rechnen. Die Regierung hat gewiß das Recht, eine Antwort von uns zu verlangen. Geben wir sie in einer Beratung im Plenum. Es wäre rücksichtslos, gegen den Reichstag, wenn wir anders verfahren wollten. Wir werden mit diesem Gesetz auch in öffentlicher Beratung im Plenum fertig werden, ohne irgend etwas an Gründlichkeit vermissen zu lassen. Die Verdienste, die v. Rauchhaupt für sich und die Konservativen im Betrieb des Steuererlasses zugeschrieben, kommen ihm leider nicht zu. Herr v. Minnigerode nahm ebenfalls lediglich einen Antrag des Abg. Richter auf. Verzichten Sie darauf, aus diesen Dingen Kapital für sich zu schlagen. Was die Steuerreform selbst betrifft, so machen die Summen von Jahr zu Jahr deutlich, wieviel mehr unter Anklage gestellt ist. 145 Millionen sind bewilligt. Im vorigen Jahre verlangte man im Verwendungsgesetz 105 Millionen neuer Reichssteuern, in diesem Jahre verlangt das neue Gesetz schon 188 Millionen. Wenn dies Gesetz nun wieder zu Fall kommt — ich glaube, der Finanzminister erwartet nichts anderes (Heiterkeit), ich glaube, daß er von der parlamentarischen Leistungsfähigkeit einen besseren Begriff hat wie d. r. Reichskanzler, den wir leider nicht unter uns haben. Wenn die Sache so weiter geht, werden auch die Minister erklären: das können wir nicht leisten. Der Vizepräsident des Ministeriums scheint allerdings noch nicht geschwächt zu sein (Heiterkeit), ich gratuliere ihm, aber ich fürchte, auch er wird bald erklären: Ich kann nicht mehr. (Heiterkeit.) Was soll es nun aber mit diesen Überweisungen an die Einzelstaaten und Kommunen? Werden sie dauernd sein? Nein — sobald das Reich mehr Geld braucht, nimmt es daselbst einfach wieder an sich in Form von Matrikularbeiträgen. Wir haben das ja erlebt. Also eine Garantie für eine dauernde Entlastung der Staaten und Gemeinden gibt dies Gesetz gar nicht. Wird man nicht große Verlegenheiten schaffen, wenn man ihnen das wieder weg nimmt? Und welche Hoffnungen erregt man nicht bei den Beamten ohne irgend eine Chance, daß sie erfüllt werden? Muß das nicht einen sehr schädlichen Einfluß auf ihre Verhältnisse üben? Woher aber wollen Sie denn — und das ist die Hauptfrage — die 188 Millionen nehmen, um diese Dinge auch nur für ein paar Jahre durchzuführen? Das Monopol wird doch nach der Rechnung der Regierung später nur 165 Millionen bringen, woher kommt der Rest? Herr v. Rauchhaupt wird im Reichstag von seinen sächsischen Freunden eine andere Ansicht über das Monopol erfahren können. Das bekommen Sie nun einmal nicht. Wie es mit den Einnahmen aus dem Monopol steht, hat Frankreich gezeigt. Man erwartete bei Einführung sofort 80 Millionen und hat erst nach 35 Jahren 60—70 Millionen bekommen. Auch wir wollen die Selbständigkeit der Reichsfinanzen; das war von Anfang an das liberale Programm, aber wir wollen es unter Aufrechterhaltung der konstitutionellen Rechte des Reichstags. Die hier verlangte Verquickung der Finanzen des Reichs mit denen der Einzelstaaten und Kommunen ist für alle Theile schädlich. Auch den Kommunen kann man nur dadurch wirklich helfen, wenn man es ihnen möglich macht, ihr eigenes Steuersystem auszubilden — auch das indirekte, wenn man nur nicht die Besteuerung der notwendigen Lebensmittel ins Auge faßt. (Redner geht alsdann noch auf den neuen Theil der Vorlage, die Erleichterung der Schulfosten ein und setzt auseinander, daß die Maßregel sehr ungleich wirkt und daß vor Alem noch statistisches Material fehlt.) Ich schließe mit der Bitte, die Vorlage nicht an die Kommission zu verweisen, sondern die Erledigung gründlich, aber schnell vorzunehmen, so schnell, als die Geschäftsordnung es zuläßt. Wenn man fortgesetzt über die lange Dauer der Parlamente klagt, so möge man die parlamentarischen Arbeiten nicht ohne Roth häufen.

Finanzminister Bitter: Die letzte Bearbeitung des Entwurfs, die Ergänzung des statistischen Materials der Motive und die späte

Einberufung des Landtags hat die Vorlegung dieses Gesetzes verzögert. Auch die Regierung ist am Ende ihrer Kräfte angelangt, auch wir haben keineswegs die ganze Zeit in Ruhe zugebracht, aber wir thun unsere Schuldigkeit doch und werden es thun, so lange es nötig ist. Welche Angriffe auch gegen uns oder gegen mich gerichtet werden möchten, die parlamentarischen Formen und Rücksichten werden wir niemals außer Acht lassen. Sollte das Haus sich auf eine Plenarberatung beschränken, so möge es nicht verlangen, daß die Regierung unvorbereitet die erforderliche Auskunft giebt und daß gewünschte statistische Material vorlegt. Dies ist nur in der Kommission möglich, auf die wir den größten Werth legen. An den Zielen der Steuerreform, die wir 1879 inauguriert haben, halten wir fest. Durch die steigende Kulturrevolution des Reichs und der Einzelstaaten sind auch die Schullästen gestiegen und damit die Ansprüche an die Staatsfasse. In Folge dessen und da die Kommunalabgaben allen diesen Bedürfnissen folgen, sind auch die Kommunalsteuern, welche der Staatssteuer folgen, zu einer Höhe gelangt, die kein Zweck fortduern können, ohne das Gleichgewicht des Staats und der Kommunen auf's Allerempfindlichste zu stören. Der bisherige Steuererlaß hat den Druck der Kommunen nicht beseitigt, da die Kommunalsteuern in steigender Progression sich bewegen. Deshalb wäre es gut, wenn auch die Kommunen sich der indirekten Besteuerung zuwenden möchten, welche in einigen Städten, wie Breslau, Potsdam, Bösen und Koblenz, bereits durchgeführt ist. Es ist zu bedauern, daß das Kommunalsteuergesetz, welches einen Paragraphen betr. dieser indirekten Steuer enthielt, nicht angenommen wurde. Wenn gefragt wird, womit das Bedürfnis dieses Verwendungsgesetzes gedeckt werden soll, so kann ich nicht verhehlen, daß die Regierung mit auf die Erträge des Tabaksmönopols gerechnet hat und rechnen mußte. Die Steuerreform im Reich steht mit der preußischen Reform in untrennbarer Verbindung. Wenn der Abg. v. Rauchhaupt gefragt hat, wie die Beamtengehälter bei der schwankenden Natur der Überweisungen sicher gestellt werden sollen, so verweise ich auf die Motive, wo ausdrücklich gesagt ist, daß die Erhöhung der Beamtengehälter nach einem festzustellenden Normalplan erfolgen soll und daß sogar für die einzelnen Kategorien diejenige Summe genannt werden kann, die für diese in Aussicht genommen sind. Die Furcht, daß durch die Entlastung der Gemeinden von den Schullästen die Kommunschulen zu Staatsanstalten würden und der Gemeinde und Familie entfremdet würden, ist vollkommen unbegründet, ebenso auch die Befürchtung, daß nach Einführung des Tabaksmönopols Preußen seine Erträge aus der Tabaksteuer einbüßen würde. Ich bitte das Haus, das Gesetz in der Kommission durchzuberathen.

Abg. v. Minnigerode: Bei der Rede des Abg. Richter habe ich beinahe das Gefühl gehabt, als ob derselbe auf unserer Seite Platz nehmen würde, freilich im letzten Augenblick lenkte er wieder ein. Wenn der Abg. v. Rauchhaupt auch eine Kritik ausgeübt hat an dem vorliegenden Gesetze, so beruhen doch die Konsequenzen, die Richter aus derselben hergeleitet, auf einem Mißverständnis. Es ist die Aufgabe erster Lösungen, etwaige Bedenken gegen eine Vorlage vorzubringen. Auch Abg. v. Rauchhaupt hat darum seine Hauptbedenken vorangestellt und seine Rede war in dieser Beziehung eine oratorische Leistung. (Widerspruch links.) Ja, das beweist die Rede Richter's, die keinen einzigen neuen Gedanken enthält. Sie (links) sind die Veranlassung zu dieser ganzen Gesetzgebung. Sie haben im Reichstag die Bewilligung neuer Steuern abhängig gemacht von der Fixierung der Verwendungszwecke derselben in den Einzelstaaten. Um allen Zweifel zu heben, will ich hervorheben, daß meine Freunde in der Hauptsache auf dem Boden dieses Gesetzes stehen. Sie sind einverstanden mit der Richtung, die dasselbe verfolgt, und anerkennen die Bedürfnisse, auf deren Abstellung es gerichtet ist. Der Grundgedanke, der hier verfolgt wird, läßt sich nicht mehr verbunkeln. Mag seine Wirklichkeit auch noch auf Jahre hinausgeschoben werden, kommen wird sie, denn hier liegen Maßstäbe vor, die nur auf dem Wege indirekter Steuern beseitigt werden können. Was nun die Klassensteuerreform betrifft, so meinte der Abgeordnete v. Benda, daß eine direkte Steuerreform nach dieser Richtung auch in Preußen möglich sei ohne das Reich. In begrenzter Form ja, aber wollen wir weiter geben und auch die Gewerbesteuer beseitigen, die mit so großen Schäden befreit ist, so beweise ich, ob uns dies möglich sein wird ohne Zuschlüsse von Seiten des Reichs. Bezüglich der Volksschulen steht ich ganz auf dem Standpunkt des Ministers. Ich kann nicht zugeben, daß durch dieses Gesetz die Volksschulen zu Staatschulen gemacht und die Interessen der Familie und der Kirche ganz in den Hintergrund geschoben werden. Handelt es sich doch nur um eine Zubuze, um eine Erleichterung der Kommunen durch den Staat, ein Gedanke, der in Preußen sehr nahe liegt, das nicht nur das Land der Soldaten, sondern auch der Schulen von sehr geringen ist. Abg. v. Benda sagt: was soll das alles nutzen, die Lasten werden bleiben wie zuvor. Darüber streiten wir selbstverständlich nicht. Die Lasten werden sich sogar steigern mit den steigenden Bedürfnissen.

Es handelt sich einfach darum, wie die Lasten besser verteilt werden können. Abg. v. Benda, dem v. Rauchhaupt zu meinem Bedauern in diesem Punkte beipflichtet, meint, daß man mit der Grund- und Gebäudesteuer ruhig noch warten könne. Ich sehe die Sache nicht so gemüthlich an. Für die Provinz Sachsen mit ihrem großartigen Industriebetrieb mag dies ja zutreffen, aber wo haben wir einen anderen Theil des Landes, der gleich stützt? Ich kann aus meinen Erfahrungen nur konstatieren, daß baldige Abhilfe überall da dringend geboten ist, wo nicht ein großer Fabrikbetrieb besteht. Was nun die Frage der Beamtentdotationen betrifft, so läßt sich allerdings darüber streiten, ob diese Position redaktionell in dieses Gesetz gehört. Allein sie berührt einen Moment, gegen das wir uns auf die Dauer nicht ablehnend verhalten können, nachdem die Gehälter der Justizbeamten bedeutend aufgebessert sind. Ich will noch kurz bei dem Antrag Richter verweilen. Ich darf wohl aussprechen, daß er in seinem wesentlichen Theile nichts Neues enthält, nur Gedanken, die auch von uns vertreten sind. Er legt nur Zeugnis ab von dem agrarischen Zuge, der durchs Land geht. Aufstellend ist freilich, daß auch der Antrag Richter basirt auf der schwankenden Überweisungsform, die der Abg. Richter so heftig angegriffen hat, und weiter, daß der Antrag nur von der Gebäudesteuer spricht, also nur ein Benefizium für die Städte schaffen will. Hier zeigt sich so recht, daß die Fortschrittspartei eine städtische Partei ist. (Sehr wahr! rechts.) Ich wiederhole, wir stehen durchaus auf dem Boden dieses Gesetzes und werden daher für eine kommissarische Beratung derselben stimmen. Eine solche kann recht gut den Plenarsitzungen des Reichstags parallel gehen, und wir hoffen, daß in der Kommission die Bedürfnisse, die dieses Gesetz veranlaßt haben, so klar dargestellt werden, daß auch die jetzigen Gegner sich mit uns vereinigen werden. (Beifall rechts.)

Abg. v. Windthorst: Ich meinstheils glaube, daß die Frage, welche hier vorliegt, so umfangreich und ernst ist, daß, wenn man sie wirklich gründlich lösen wollte, man einer außerordentlichen Session benötigt wäre. Wir müßten uns das ganze Steuersystem des Landes im Verhältniß zum Reiche klar machen, bestimmt wissen, was wir berathen und was wir aufgeben wollen, vor allem, was für Pläne vorhanden sind in Beziehung auf die Reform, ehe wir solche kleinen Stücke, wie sie hier gefordert werden, ins Leben rufen. Im Bezug auf die Schulen müßten wir erfahren, wie die Familie und Gemeinde gestellt sein soll gegenüber dem Staat im Allgemeinen. Eine solche Frage liege sich aber ohne ein vollständiges Schuldotationsgesetz — das Mindeste, worauf wir bestehen müßten — gar nicht beantworten. Darüber kann doch kein Zweifel bestehen, daß, wenn in solchem Maße Schullästen zu Staatslästen gemacht werden sollen, der Staat notwendig noch mehr wie jetzt zum alleinigen Herrn der Schule werden muß. Auf diesen Plan gehen wir nicht ein. Ehe wir nicht wissen, wie die Rechte der Eltern, Gemeinden und der Kirche gestellt sind, wollen wir auch dem Staat nicht überantworten, was dem Menschen am Theuersten ist. Das der Staat Absichten, wie ich sie angedeutet habe, ist mir unzweckhaft. Die Tendenz der Zeit geht nach dieser Richtung. Wir sehen das in den benachbarten Staaten, und Preußen hat bereits

eineige Stappen auf diesem Wege überschritten. Was die Gehälterfrage betrifft, so bin ich allerdings der Meinung, daß einzelne Kategorien der Verwaltung — so die Landräthe — der Gehaltsaufbesserung bedürfen. Vor allem ist es klar, daß die geringeren Klassen der Beamten besser gestellt werden müssen. Aber diese Frage kann doch nur geregelt werden durch ein besonderes Besoldungsgesetz oder beim Etat, wie das bisher geschehen. Auch darüber werden alle einverstanden sein, daß die Kommunen entlastet werden müssen, und wenn die Regierung eine derartige Tendenz verfolgt, so müssen wir dankbar anerkennen und unterstützen. Es ist aber die Frage, ob das so nebenher geschehen kann. Ich kann diese Frage nicht beantworten, ohne die Kommunalbesteuerung in den einzelnen Provinzen studirt zu haben. Ich kann also auch nicht sagen, wie es anfangen sei, da mir das Material fehlt. Aber es fällt mir auf, daß Niemand daran denkt, ob nicht auf anderen Gebieten zu sparen sei. Im Etat haben sie große Postionen bewilligt, die vor füglich hätten entbehren können. Ich will nicht, daß diese Diskussion in's Land hinausgeht, ohne daß nicht wenigstens eine Stimme die Notwendigkeit einer Bescheidung des Etats betont hat. Nach der Auslassung der Regierung ist dies Verwendungsgesetz gemacht in der Voraussetzung, daß das Tabaksmönopol bewilligt wird. Ist das der Fall, so hätte man diese Vorlage erst einbringen sollen, wenn das Tabaksmönopol bewilligt ist. Ich liebe, wie der Reichsfanier, die Politik der freien Hand, darum gehe ich auf Nichts ein, was ein Präjudiz für meine Erwägungen im Reichstag schaffen kann; darum bin ich auch gegen diese Vorlage, weil gesagt ist, daß sie ein solches Präjudiz herstellen soll. Man will hier eine Pandorabüchse hinhalten, die für jeden Zuckerplätzchen enthält und den Kindern Appetit erweckt. Wenn nun der Reichstag das Monopol nicht bewilligt, so sind die Kinder enttäuscht. Ich ziehe die Büchse erst dann aus, wenn sie gefüllt ist, nich' wenn sie noch zu füllen ist. Sie wollen durch das Gesetz das Fell des Bären teilen und haben den Bären nicht. Ich höre, daß der Bär angebunden ist. In gewissem Sinne kann ich das zugeben. Aber der Auspruch hat eine doppelte Bedeutung, die ich nicht erörtern will. Wer kündigt uns auch dafür, daß das Programm, das in diesem Gesetz aufgestellt worden, erfüllt wird. Wir haben gesehen, mit welcher Leichtigkeit Gesetzesparagraphen bei Seite geschoßen sind, könnte dies nicht auch mit diesem Programm geschehen? Wir verstehen darum auch nicht, wie man Werth auf diese Vorlage legen kann. Trotzdem würde ich für eine kommissarische Beratung stimmen, wenn ich glaubte, daß sich noch Greifbares erreichen ließe. Mit den größten Aufmerksamkeit habe ich gehört, es haben alle Parteien gesprochen bis auf den Fortschritt, der noch nachkommt. Aber Herr Richter wird sich ähnlich äußern wie Herr Richter, wenn nicht alles täuscht, freilich leben wir jetzt in einer Zeit der Überraschungen. Was wollen wir denn in der Kommission. Sie sind alle gegen das Gesetz. Am günstigsten hat sich noch Herr v. Minnigerode über dasselbe ausgesprochen. Aber auch er ist nur mit dem Gründgedanken desselben einverstanden. Welcher derselbe ist, ist vollkommen unklar geblieben. Niemand kann ihn festhalten an seiner Rede, er hat nach allen Seiten einen Ausweg. Das ist sehr geschickt, aber ich konstatiere, daß auch er aus den Kommissionsberatungen nur ein Nein herausdringen würde. Der Minister hat uns für dieselben reichliches Material versprochen. Daran zweifle ich bei ihm am allerwenigsten, aber ich habe bereits im Eingang hervorgehoben, daß ohne Kenntnis des Steuersystems, der Schuldotation, der Beamtenkategorien und der Kommunalbesteuerung sich eine Entscheidung nicht treffen läßt. Es ist notwendig, daß Aenderungen getroffen werden, aber nur auf dem Wege organischer Vorlagen und so, daß die einzelnen Gegenstände getrennt sind. Neben dies alles kann in der Kommission nicht berathen werden. Von meinen Freunden sind übrigens auch nur einige geneigt, in einer solchen Kommission einzutreten bei der jetzigen Geschäftslage. In anderen Fraktionen wird das nicht besser sein, und ist die Frage wirklich so wichtig, so mag sie in einer besonderen Session geregelt werden. Ich kann mich übrigens der Annahme nicht verschließen, als ob man mit dieser Vorlage nur auf die Öffentlichkeit einwirken möchte. Kommt das Monopol nicht, so sagt man: seht, da sind die bösen Menschen, die das Gute, was die Regierung wollte, vereitelt haben. Mit Rücksicht auf diesen möglichen Zweck der Vorlage, will ich, daß dieselbe hier in voller Öffentlichkeit berathen werde, und stimme deshalb für eine Beratung im Plenum.

Abg. v. Zedlik: Nach der Beschaffenheit des Entwurfs wäre eine Detailberatung derselben im Plenum ausgeschlossen. Wenn Sie also eine sachliche Behandlung der Vorlage wollen, dann müssen Sie für eine Überweisung derselben an eine Kommission stimmen. Was die Ziele betrifft, die man mit dem zu vermeidenden Gelde erreichen will, so stimme ich mit Herrn v. Rauchhaupt darin überein, daß es sich nicht empfehle, Bedürfnisse festzulegen, für welche uns die Mittel fehlen. Wir sind auch für eine organische Reform der direkten Steuern, aber es ist wahrscheinlich, daß wir zu diesem Zweck noch etwas mehr an Steuererlässen nötig haben werden. Bezuglich der Überweisung eines Theils, etwa der Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen dürfte wohl leicht eine Vereinbarung unter allen Parteien des Hauses hergestellt werden. Durch die Übernahme der Schullästen durch den Staat würde der Charakter der Schule feineswegs geändert werden. Es ist ein dringendes Bedürfnis, daß wenigstens das Schulgeld bestellt wird. Wenn wir etwa die Hälfte der zu vermeidenden Summe zu diesem Zweck verwenden, dann könnten wir wenigstens das Kopfeschulgeld durch ein gradatim nach unten sich abstufiges Schulgeld ersetzen. Darüber könnten wir uns wohl in der Kommission verständigen, da dies auch ohne das Tabaksmönopol erreichbar ist. Der zweite Theil des Entwurfs bestimmt, daß die Überüberschüsse aus den Einnahmen des Reiches ohne Weiteres von Gesetzwegen zu bestimmten Zwecken verwendet werden sollen. Ich erkenne an, daß das ein Beweis für die Loyalität der Regierung ist, mit der sie auch ihrerseits zur Erleichterung der Einzelstaaten beitragen will. Ich vertraue der Regierung, daß sie, wenn die Verwendungszwecke festgestellt und die Einnahmen im Reiche bewilligt sein werden, eine Vereinbarung zwischen den gesetzgebenden Faktoren zu erreichen bestrebt sein wird. Die jetzigen Erörterungen sind doch nur akademischer Natur, über die sich schwerlich eine Übereinstimmung erzielen läßt. In diesem Sinne bitte ich die Vorlage einer Kommission zu überweisen. (Beifall rechts.)

Abg. Richter: Im vorigen Jahre war es die Rede des Reichskanzlers, die, obwohl formell für das Gesetz gehalten, doch materiell die Regierungsvorlage zerstieg, sie hat die neue Ausarbeitung zur Folge gehabt, und diese ist weiter nichts als die Formulierung seiner gegen das damalige Verwendungsgesetz gehaltenen Rede. Nun befinden wir uns nicht nur am Ende einer Session, sondern auch am Ende einer Legislaturperiode. Mag nun die Majorität des neuen Hauses nach der einen oder anderen Seite aussfallen, sie wird dann wenig danach fragen, was das frühere Haus bei der Beratung zu dem Gesetz gesagt, sondern wird seinen eigenen Weg geben. Daß die Regierung ein Interesse an der Beratung dieses Gesetzes hat, kann ich ja versichern. Sie bildet sich ein, daß dieses Gesetz in dem großen Rahmen der Reform gewissermaßen die schöne, wohlthätige Seite, während das Tabaksmönopol die Belastung darstellt, und so möchte sie auch diese Seite parlamentarisch hervorgeschoben sehen in dem Augenblick, wo im Reichstag die andere Seite hervortritt. Herr von Rauchhaupt hat selbst gesagt, daß diese Taktik überaus zweckhaften Werth für die Regierung habe. Er hat gesagt, ihr mögt ja diejenigen, die in dem Verwendungsgesetze bedacht sind, locken, aber ihr stoßt um so mehr die zurück, die nicht bedacht sind, und diese werden sich also gegen die ganze Reform fehren. Das ist ein so fundamentaler Grund gegen das ganze Gesetz, daß es Herrn v. Minnigerode sehr schwer fallen muß, und er hat es gar nicht vermocht, das Gericht dieses Grundes abzuwischen. Es ist ein Fehler einen Verwendungsgesetzen gesetzlich festzusetzen. Es wird in diesem Gesetz vorausgesetzt, daß das Reich 188 Millionen neuer Steuern bewilligt. Die Regierung hat aber bloß das Tabaksmönopol, welches nur 100 Millionen bringt.

Woher will man die übrigen 88 Millionen nehmen? Die 100 Millionen werden aber vom Reichstage nicht bewilligt werden. Herr v. Rauchhaupt hat es als eine Wohltat hingestellt, daß die Armen nicht so hoch mit der Tabaksteuer belastet werden wie die Reichen. Es ist aber in der amtlichen Enquetekommision nachgewiesen, daß von den ganzen 257 bis 258 Millionen, welche Frankreich aus dem Monopol zieht, die feinen Sorten nur etwa 11 Millionen Einnahmen bringen. Was uns in der Monopolvorlage vorgeführt wird, beruht auf Phantasien der Straßburger Manufaktur, die mit ihrer eigenen Rechnung jetzt in die Brüche geht. Wenn aber die 188 Millionen wirklich bewilligt sind, wer sagt uns denn, daß das Geld hierher kommt. Das Garantien nichts nutzen, haben wir beim Militäretat erfahren. Es sind eben die Matrikularbeiträge erhöht worden. Vom Reichstage wird jetzt ein Zuschuß von 25 Prozent zur Reichsunfallversicherung verlangt, unserer Beamtengehältsaufbesserung wird eine solche im Reiche entsprechen! Wir müssen erst wissen, wieviel das Reich vorweg für sich in Anspruch nimmt, damit nicht mit der rechten Hand und infolge des Verwendungsgesetzes Erträge an die Einzelstaaten gezahlt werden, während mit der linken Hand infolge der erhöhten Matrikularbeiträge das Gegebene wieder genommen wird. Wenn wir nicht wissen, wie wir die erhöhten Matrikularbeiträge bezahlen sollen, so müßten wir dies Gesetz aufheben. Hundert Millionen gehen doch tatsächlich jetzt schon ein durch neue Steuern und 20 Millionen haben wir davon und alle die Garantien haben auch hierbei mitgespielt. Wie kann man das "Zug um Zug" nennen? Der Zug auf der einen Seite bedeutet 100 Millionen und der Zug der Entlastung nur 20 Millionen. Unter diesen Umständen ist es gar keine Wohltat für die Betreffenden, daß sie mit ihrer Bevölkerung in dies Verwendungsgesetz eingetrieben sind. Eine viel sichere Anwartschaft würde ihnen gegeben, wenn man sagte, wenn die Erträge unserer eigenen Staatsindustrie steigen, sollen eure Besoldungen erhöht werden. Entweder bessern sich unsere Verhältnisse im Allgemeinen in der nächsten Zeit, dann steigen sich alle Einnahmen, die unmittelbar daran sich anschließen im Reiche und den Einzelstaaten von selbst um Dutzende von Millionen, oder es geschieht nicht, dann müssen uns auch neue Steuern nicht. Auf die Steuererleichterung lege ich großen Werth. Dieser Posten ist aber erledigt, es ist bloß die Aufhebung der Klassensteuerstufen mit 14 oder 16 Millionen. Die Steuerzahler im Lande nehmend das nicht besonders hoch auf, wenn ihnen gesagt wird, es wird den Kommunen überwesen, die können auch dann entlastet, sie haben es viel lieber, wenn sie direkt entlastet werden. Von diesem Standpunkte aus haben wir auch die Anträge gestellt. Ich hatte kein großes Interesse, die Anträge Hand in Hand mit einem solchen Todesslandaten durch das Haus gehen zu lassen, sie würden auch in diesem späteren Stadium der Session zu einem praktischen Erfolg nicht mehr führen. Sie nehmen von einer neuen Reichsteuer ganz Abstand und weisen auf die bereits vorhandenen Einnahmen hin. Herr von Minnigerode sagte, wir hätten einen agrarischen Zug in dem Programm vertragen und wir wären eine städtische Partei. Weder das eine noch das andere; wir suchen Steuererleichterungen durchzusetzen, wo wir sie für gerechtfertigt erkennen, für das platt Land, für die Städte oder für beide zusammen. Wir haben für die Erhöhung der Schuldotation gestimmt, obgleich sie fast ausschließlich dem platten Lande zu Gute kam. Dasselbe traf auch bei den 9 Millionen Steuererlaß zu. Was das Schulprogramm betrifft, so hat man sich mit Unrecht auf mich bezogen. Ich habe in der damaligen Debatte auf die Rede des Reichskanzlers hingewiesen, es hätte mir fern gelegen, das Schulwesen gänzlich von den Gemeinde- und Kommunalbeiträgen zu befreien. Es wäre nun besser, wenn man einmal Geld disponibel hätte zur Entlastung der untersten Klassen, man es besser zur Aufhebung des Schulgeldes verwenden möge als zur Aufhebung der untersten Klassensteuerstufen. Ich habe dann ausdrücklich gesagt, daß, wenn der Staat die Schullästen trage, das Interesse der Kommunen an den Schulen abnehmen und die teureren, ohne besser werden würden. Ich wünsche auch nicht, daß man die Schulen nach Art der Soldaten uniform, diszipliniert und schablonsiert von oben herab. Dies paßt für das Militär, aber nicht für das Schulwesen. Was das Verhältnis der Verminderung der Kommunallasten betrifft, so war es mir interessant, von Herrn v. Rauchhaupt zu hören, er halte dies für einen Trocken auf den heißen Stein, das Land könne es noch länger aushalten. Herr v. Minnigerode wollte den Eindruck dieser Aeußerung freilich wieder verwischen. Die Herren von der Rechten sind also noch nicht einig darüber, ob das Land es noch länger aushalten könne. Gewiss Beschwerden in Bezug auf Stadt und Land liegen vor, aber auf diese Weise wird ihnen nicht abgeholfen werden. Hier weiß man, was von den Kommunen bezahlt werden soll, aber nicht was in die Kommunen wieder zurückkommt und ich fürchte, das wird immer sehr viel weniger sein. Die großen Städte zahlen an Kommunalsteuern 61 Millionen, also mehr als das ganze platt Land, und zurück bekommen sie bei der einen Nummer der Grund- und Gebäudesteuer 6 Mill., also 11 Prozent. Die neuen Steuern werden doch von den großen Städten getragen. Wollen die einmal ihren Konsum sich verteuern lassen, so würde es doch viel näher liegen, es für die eigenen Steuersäcke zu thun, als die Gelder an das Reich abzuführen. Die Frage, direkte oder indirekte Kommunal-Besteuerung, kann man nur lösen, wenn man einzelne Steuerformen gegenüberstellt. Die Frage, ob man zu Gunsten der Besitzenden in den Kommunen die nicht-herrschenden besteuern soll, ist im Verwendungsgesetz gar nicht mitgebracht. Alles was jetzt versprochen ist, wird weit überboten, durch das, was der Reichskanzler in der Rede vom 3. März 1879 im Reichstag vor der Bewilligung der 140 Millionen versprochen hat. Da entwickelte er die Perspektive: Abhängigkeit der ganzen Klassensteuer, Verbot an die Kommunen, Klassensteuer zu erheben, Überweisung der ganzen Grund- und Gebäudesteuer u. s. w. Man hat neue Steuern bewilligt, die 20 Millionen, die hier mühsam durchgedrückt sind, sind das einzige Resultat. Jetzt glaubt man gar nicht mehr an die Versprechungen, das ist der Grund, weshalb sich ein Mensch im Lande für das Verwendungsgesetz mehr interessiert. Herr v. Meyer hat ganz Recht, wenn er sagt, es hat eine Zeit gegeben, die sich durch eine Überproduktion von Geleien auszeichnete, den Gegenjag dazu bildet die jetzige Ära, in der man immer nur von neuen Steuern redet. Das Land wird immer überdrüssiger, mißtrauischer und abgeneigter der Politik, die Sie unter dem Namen der Reformpolitik einführen. Was die geschäftliche Behandlung der Sache betrifft, so ist mir die Form die liebste, die am kürzesten und schneidigsten dieses Gesetzes ableitet. Es gibt ein Begräbnis erster Klasse und ein solches zweiter Klasse. Das Begräbnis erster Klasse ist die Kommission, ich gönne diesem Gesetz ein Begräbnis zweiter Klasse, nämlich Ablehnung unmittelbar im Plenum. Mit einer Vermittelung wäre ich auch einverstanden. Schlagen wir im Plenum dem Gesetz den Kopf ab im § 1 und verweisen wir den Schwanz zur Aufbewahrung in eine Kommission. (Heiterkeit.) Ich möchte ferner die Sache so rasch und kurz wie möglich machen und deshalb möchte ich vorschlagen, die zweite Beratung am Donnerstag vorzunehmen. Wird dann das Gesetz abgelehnt, so glaube ich, werden auch manche Herren auf der rechten Seite im Stillen mehr erfreut sein, als sie es nach Außen vielleicht verlautbaren.

Finanzminister Bittner: Gegen diese Art und Weise, die Vorlagen der Regierung zu behandeln, muß ich doch Protest erheben; wir legen die Vorlagen als Männer vor, die ein ernstes Ziel vor Augen haben. Ich kann nicht glauben, daß es Absicht des Hauses sein sollte, den Vorlagen ein Ende mit Hohn und Spott zu bereiten. Dagegen muß sich die Regierung auf das Ernstfest vernehmen. (Beifall rechts.) Wenn wir das Gesetz nicht vorgelegt hätten, hätte man uns im Reichstag dies zum Vorwurf gemacht; hier sagt man uns: Ihr habt ja das Geld noch nicht. Die Steuerreform im Reich und in Preußen ist aber ein untreinbares Ganze. Wenn die Vorlage im Plenum berathen wird, dann kann sich die Regierung keinen besonderen Nutzen mehr davon versprechen, denn eine sorgfältige Erwägung ist nur in einer Kommission möglich. Deshalb möchte ich nochmals den dringenden Wunsch

der Regierung aussprechen, diese Vorlage nicht im Plenum zu berathen.

Damit schließt die Generaldebatte; die Verweisung der Vorlage an eine Kommission wird — gegen die Stimmen der Konservativen und Freikonservativen — abgelehnt; die zweite Berathung wird im Plenum stattfinden.

Auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung setzt der Präsident die Berathung der heute im Herrenhause abgeänderten Kirchenpolitischen Vorlage und die Hundesteuer.

Abg. Richter beantragt, auch die zweite Berathung des Verwendungs-Gesetzes auf die nächste Tagesordnung zu setzen.

Präsident v. Möller bemerkt, daß er für diesen Gegenstand am Sonnabend eine Sitzung in Aussicht genommen habe.

Abg. Richter bittet die Regierung um Auskunft, welche Vorlagen noch erledigt werden sollen, da doch ein Zusammentagen von Reichstag und Landtag nicht möglich sei.

Minister v. Puttkamer: Bissher ist ein Zusammentagen von Landtag und Reichstag schon möglich gewesen; ob ein solcher Zustand erwünscht oder auf die Dauer ausführbar ist, lasse ich dahinstellen; ich will nur dagegen Verwahrung einlegen, daß dieses Haus am Sonnabend keine Sitzung halten könnte, wenn im Reichstage eine Sitzung stattfinden sollte. Was die noch zu erledigenden Vorlagen angeht, so wäre eine vollständige Durchberathung des Kanalprojekts erwünscht; da es aber kaum ausführbar sein dürfte, so wünscht die Regierung nur eine erste Berathung. Das Verwendungs-Gesetz scheint ja leider die Aussicht zu haben „geföpt zu werden“, wie Herr Richter geschmacvoller Ausdruck lautet. Die hannoversche Kreisordnung und die lauenburgische Vorlage, deren Aenderung im Sinne der Regierung im Herrenhause herbeizuführen mein eifrigstes Bestreben sein wird, sollen selbst auf die Gefahr eines Nebeneinanderdagens hin noch zur Erledigung kommen.

Herr Richter: Da der Minister selbst das Verwendungs-Gesetz als erledigt ansieht, so habe ich kein Interesse daran, die zweite Lesung für den Reichstag zu beantragen. Damit ist es hoffentlich ganz besiegelt (Widerspruch rechts). Das wird sich ja finden! Bei der jetzigen Sachlage können sie wirklich bei aller Ergebenheit gegen das Ministerium auf die Berathung verzichten. Das Zusammentagen mit dem Reichstage führt geraude zu unvölkigen Zuständen. Wenn keine bestimmte Aussicht auf einen Abschluß unserer Berathungen vorhanden ist, werden die auswärtigen Mitglieder des Reichstages überhaupt nicht kommen. Wenn die Vorlagen, die noch berathen werden sollen, so eilig sind, dann hätte man lieber das Tabaksmonopol zu Hause lassen sollen, das hat Niemand für eilig gehalten. Ich bitte auch die Hundesteuer in der nächsten Sitzung nicht zu berathen, da sie doch nicht mehr erledigt wird.

Minister v. Puttkamer: Wir vertreten hier die Interessen des preußischen Staates und können in der Versorgung dieser Interessen nicht die Herbeiführung eines unwürdigen Zustandes erbliden. Herr Richter macht sich das freilich sehr bequem; er hält eine nicht erstaunende Rede und sagt dann: Kopf ab. (Auf rechts: Sehr recht! Große Heiterkeit.) Ich habe in liberalen Blättern gelesen, der Landtag habe ja Alles durch seine Tagesordnung in der Hand. Ich möchte dringend warnen, unser gegenwärtiges Verhältniß hierauf zuzuführen; das könnte zu ernsten Konsequenzen führen. Es ist ein verfassungsmäßiges Recht des Königs den Landtag zu eröffnen und zu schließen, dieses Haus hat nicht die Befugnis, durch Manipulationen mit der Tagesordnung diejenigen Rechte entgegenzuwirken.

Abg. Richter: Ich möchte einmal sehen, was der Reichskanzler sagt, wenn ein württembergischer oder ein bayrischer Minister eine solche Rede hielte; ein solcher Partiformalismus ist ja unerhört; das deutsche Reich besteht ja gar nicht für ihn auf der Welt. Derselbe Monarch, der uns hierher berufen, hat uns als deutscher Kaiser in den Reichstag berufen; wir müssen also zwischen Preußen und dem Kaiser eine Vermittelung suchen. Der Minister handelt den Interessen des Reiches wider. Für den Vorstaat Preußen zielt sich ein solcher Partiformalismus nicht, ein solches reichsfeindliches Verhältniß (Große Heiterkeit) könnte man sagen, wenn man so leichtfertig mit dem Vorwurf der Reichsfeindlichkeit umginge, wie der Reichskanzler. Das Reichsinteresse erhebt eine baldige Beendigung unserer Arbeiten. Will die Regierung sich noch mehr solder Niederlagen holen, wie die heutige, wir haben nichts dagegen; wir gönnen sie ihr. (Heiterkeit.)

Abg. Windhorst: Die Krone hat allein das Recht, den Landtag zu schließen, allein wir können den Minister Gründen vorführen, weshalb es zweckmäßig ist, den Schluß herbeizuführen; die Minister haben die Pflicht, diese Gründe anzuhören und sie dem Monarchen mitzutheilen. Ich halte ein Zusammentagen für unerträglich; die Sachen sind auch nicht so eilig.

Abg. Richter: Wir wollen nicht in die Rechte der Krone eingreifen; aber die Regelung der Geschäftsausordnung ist nach der Verfassung lediglich unsere Sache. Wenn die Minister vorhin uns darüber Vorhaltungen gemacht haben, so haben sie dies hoffentlich in ihrer Eigenschaft als Mitglieder dieses Hauses gethan.

Minister v. Puttkamer: Ich habe nicht als Abgeordneter, sondern als Minister Wünsche der Regierung in Bezug auf die geschäftliche Behandlung ausgesprochen.

Damit endet die Geschäftsausordnungsdiskussion.

Schluss 4½ Uhr. Nachste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Kirchenpolitische Vorlage, Hundesteuer.)

## Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 3. Mai. [Das Monopolprojekt. Die Gewerbeordnungs-Vorlage. Parteitag der Liberalen.] Trotz der bekannten, unwidersprochen gebliebenen Angabe über die Autorschaft der Berliner Briefe in der Wiener „Polit. Korrespondenz“, wonach dieselben aus der nämlichen hochförmigen Feder wären, wie die Kometen-Artikel der „Grenzbote“, ist von Sachkundigen immer bezweifelt worden, daß diese Briefe — wie ebenso die Artikel mit dem Kometen-Zeichen — wirklich auf einer tiefen Eingewieheit in die politischen Berechnungen des Reichskanzlers beruhen; die Annahme erschien vielmehr immer begründet, daß man es hier nur mit dem Betreiben eines, immerhin in amtlicher Preihätigkeit beschäftigten Enthusiasten der Bismarck'schen Politik zu thun hat, jeden Zug derselben in die höhere Sphäre geschichtsphilosophischer Betrachtungen zu erheben. Die neueste Leistung des Korrespondenten, die Entdeckung, daß das Monopol-Projekt sowohl auf nationalliberaler, als auf klerikalischer Seite noch Chancen habe, welche zur Annahme derselben führen könnten, steht mit den Thatsachen so sehr im Widerspruch, daß jene Auffassung von der Bedeutung — oder Bedeutungslosigkeit — der fraglichen „hochförmigen“ Leistungen dadurch nur bestätigt werden kann.

Wenn für Herrn v. Bemissen irgend etwas fest steht, so ist es, daß er dem Tabaksmonopol nicht zustimmen wird, und damit ist diese Frage auch für die gesamte nationalliberale Partei erledigt. Was aber die Klerikalen betrifft, so gehört doch wirklich große Naivität dazu, zu glauben, die parlamentarische Fraktion würde zulassen, daß ihre Presse in allen Tonarten das Monopol als unannehmbar bekämpft und die Zustimmung dazu der Fraktion also auf's Höchste erschwert, um dann sich doch zu dieser Zustimmung zu entschließen. Über die kirchenpolitischen Ver-

handlungen mit der Kurie aber ist das Zentrum allzu gut unterrichtet, als daß ein gesperrt gedruckter Satz in der „Polit. Korresp.“, welcher in dieser Beziehung den Klerikalen neue Hoffnungen zu erwecken bestimmt ist, auf sie Eindruck machen könnte. Herr Windhorst hat dieser Tage wieder in der Privatunterhaltung — wie es scheint, mit der Absicht, daß es zur Kenntnis der Regierung kommen möge — geäußert, das Zentrum könne ja vielleicht jedem seiner Mitglieder die Abstimmung über das Monopol anheimstellen, so daß das Votum dagegen nicht zur Fraktionsfrage gemacht würde; das würde aber das höchste Zugeständniß sein, und es würde keine rhebliche Anzahl klerikalischer Stimmen auf Grund desselben für das Monopol abgegeben werden. — Das Ergebnis der Reichstags-Verhandlungen über den Entwurf wegen Abänderung der Gewerbeordnung, welche Freitag, bei der Wiederaufnahme der Sitzungen, beginnen werden, ist zunächst ungewiß und wird es auch bis zum Abschluß der Kommissions-Verhandlungen bleiben. In dieselben wird betreffs der in Rede stehenden Vorlage der Schwerpunkt der Berathung schon deshalb fallen, weil sogar ein eingehendes Studium dazu gehört, um nur zu erkennen, was der Entwurf bezweckt, da derselbe durchweg nur einzelne Bestimmungen der Gewerbeordnung durch andere zu ersetzen vorschlägt, wobei aber in jedem einzelnen Falle die Konsequenzen dieser Veränderung nur durch Vergleichung mit anderen Bestimmungen der geltenden Gewerbeordnung ermittelt werden können, mit denen jene in Zusammenhang steht. Der Ausgang der ganzen Verhandlung ist um so weniger vorherzusehen, da die Majorität, welche die letzte beschrankende Novelle zur Gewerbeordnung genehmigte, nicht mehr existirt; die beiden konservativen Fraktionen und das Zentrum bestehen bekanntlich nicht mehr die Majorität im Reichstag, und die kleineren Fraktionen, welche gegenüber einer geschlossenen auftretenden Linken die Entscheidung in Händen haben, die Polen, Elsäss-Lothringer, Sozialdemokraten &c. sind keine Freunde der Erweiterung des polizeilichen Beliebens, auf welche der Entwurf fast mit allen seinen Vorschlägen herauskommt. — In der Vertrauensmänner-Versammlung, welche die liberale Vereinigung auf den 6. d. M. aus ganz Deutschland hierher berufen hat, dürfte der Hauptnachdruck auf die Annahme möglichst einiger Zusammengehens aller Liberalen bei den Wahlen in den einzelnen Wahlkreisen gelegt werden.

## Locales und Provinzielles.

Posen, 4. Mai.

5 Für die russischen Juden. Das in der Versammlung am 23. v. M. gewählte Komitee für die Unterstützung der verfolgten russischen Juden hat sich am Montag konstituiert und einen aus den Herren Oberbürgermeister Kohleis, Kommerzienrat Sam Dassé, Direktor A. Guttmann, Kaufmann Ad. Kantorowicz und Sekretär Fontane bestehenden geschäftsführenden Ausschuß gewählt. Letzterer hatte zu Mittwoch Vormittag 12 Uhr eine Anzahl von Herren aus den verschiedenen Bezirken der Stadt zu einer Besprechung über die zu veranstaltenden Sammlungen eingeladen und erklärten sich dieselben bereit, die Einsammlung von Beiträgen zu übernehmen. Außerdem können auch Beiträge direkt an den Schatzmeister des Komite's, Herrn Kommerzienrat Dassé, eingesandt werden. Das Komitee wird ferner Anschreiben an angesehene Personen in den Städten der Provinz erlassen, um auch dort zur Veranstaltung von Geldsammlungen anzuregen. Wir hoffen, daß diejenigen Herren, welche sich bei uns der mühevollen Aufgabe der Einsammlung von Beiträgen unterzogen haben, bei unseren stets zur Wohlthätigkeit geneigten Mitbürgern ein bereitwilliges Entgegenkommen finden werden.

## Telegraphische Nachrichten.

Osnabrück, 3. Mai. Die Konklation und Inthronisation des Bischofs Höting hat heute Mittag stattgefunden. Der Oberpräsident, die Landdrosten von Osnabrück und Aurich, die Spitäler der Behörden, sowie der Klerus von Osnabrück und Westfalen wohnten der Feier bei. Der Bischof Wilhelm von Hildesheim, assistirt von dem Weihbischof Freusberg von Paderborn und dem ehemaligen Armeebischof Namyslawsky, vollzog die Weihe. Nach dem Festakt fand Gratulationsempfang bei dem Bischof Höting statt. Abends veranstalteten die katholischen Vereine und Körperschaften einen Fackelzug.

Karlsruhe, 2. Mai. Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin ist gestern nach Baden-Baden zurückgekehrt. — Der Erbgroßherzog ist heute zur Theilnahme an den Beisetzungsfeierlichkeiten für die verstorbene Prinzessin Wilhelm von Württemberg nach Ludwigsburg abgereist.

Augsburg, 2. Mai. Die „Allgemeine Zeit.“ sagt, die bayerische Regierung habe gegen die Anschauung, daß das Monopol an und für sich die zweckmäßige Form der Tabaksbesteuerung sei, keine Einwendung erhoben, ihre ablehnende Haltung basire auf Bedenken hinsichtlich der mit Durchführung des Monopols verbundenen volkswirtschaftlichen Rückwirkungen und in Bedenken darüber, ob die Monopolerträge genügend sein würden, jene Nachtheile auszugleichen.

Bassau, 2. Mai. Der Reichstagsabgeordnete, Oberlandesgerichtsrath Abt (Zentr.), ist gestorben.

Wien, 2. Mai. [Ringtheater-Prozeß.] In dem heute fortgesetzten Zeugenverhör wurden nur bereits bekannte Thatsachen konstatiert. Einzelne Beschädigte stellten Ansprüche auf Schadenersatz. Der Theaterdiener Perlis will eidlich bezeugen, daß der Direktor Jauner am 7. Dezember v. J. die Regie an Rötel übertragen habe.

Wien, 3. Mai. [Ringtheater-Prozeß.] Direktor Jauner verlas ein Telegramm des Inspizienten Schiffers, jetzt in Paris, in welchem derselbe konstatiert, daß die Regie für den 8. Dezember v. J. an Rötel übertragen wurde. Die Schauspielerin Marberg und der Schauspieler Wilke deponiren in gleichem Sinne.

Wien, 3. Mai. Das Abgeordnetenhaus lehnte den Antrag auf gänzliche Ablehnung des Getreidezolles, eventuell auf zollfreie Getreide-Einfuhr für die Karst- und Alpengebiete ab und nahm nach dem Antrage der Ausschüß-Majorität die Zölle für Getreide, Malz und Hülsenfrüchte an. Bei der Abstimmung

über die Anträge auf Gewährung zollfreier Einfuhr für gewisse Ländergebiete wurde in namentlicher Abstimmung der Antrag Hallwich auf zollfreie Einfuhr von Getreide über die Grenzen nach Tirol, Görz, Gradisca, Triest, dem Bezirk Adelsberg, Dalmatien und Herzegowina mit 162 gegen 145 Stimmen angenommen.

Pest, 2. Mai. Nach dem „Pestier Lloyd“ bestände die Absicht, in den herzegowinischen Bezirken entlang der montenegrinischen Grenze die politisch-administrative Geschäftsführung auch fernerhin den militärischen Stationskommandanten zu lassen; diese auf die Dauer von etwa 3 Jahren bemessene Ausnahmemafregel solle den Übergang aus den unsicherer Verhältnissen zur bürgerlichen Verwaltung vorbereiten.

Prag, 2. Mai. In dem Teplitz-Aussiger Revier wird morgen die Wiederaufnahme der Arbeit in größerem Umfange erwartet, die Bergleute melde sich in größerer Zahl freiwillig zur Arbeit. — Die Nachricht, daß in Osseg auf das Militär geschossen worden sei, bestätigt sich nicht. Einem Korporal der Dragoner ging zufällig ein Schuß aus dem Revolver los, ohne indessen irgendemand zu beschädigen. Drei Männer und drei Frauen, welche bei dem Nelsonschauf auf die Truppen Steine warfen und sie beschimpften, wurden verhaftet und dem Gerichte übergeben. Im Uebrigen ist die Ruhe nirgends gestört worden.

Prag, 3. Mai. In Brüx ist Alles ruhig. Zwei Werke arbeiten mit voller, 2 andere Werke mit reduzierter Arbeitskraft. Die Erlanger'schen Werke in Tschansch haben die Arbeit noch nicht wieder aufgenommen, doch dürfte der Strike in spätestens drei Tagen beendet sein. Die Aussig-Teplitz Bahn konnte gestern bereits 215 Waggons verfrachten, seitdem mehrere Werke des Teplitzer Reviers wieder mit voller Belegschaft arbeiten. Der drohenden Strike der Münzberger'schen Spinnfabrik wurde durch Bewilligung einer Arbeits-Berminderung beigelegt. Mehrere Rädelführer sind verhaftet, mehrere Arbeiter wurden wegen Mangels an Beschäftigung in ihre Heimat abgeschoben.

Prag, 3. Mai. Im Aussiger Bezirke wird bereits wieder mit voller Kraft gearbeitet. Von Aussig aufwärts sind fast alle Arbeiter wieder eingefahren; im Franz-Josephschacht zählt man nur noch 12 Strikende. Die beabsichtigte Arbeiterversammlung bei Příhanken wurde durch die Behörde verhindert. Die Aufwiegler unter den Strikenden sind sämtlich in Haft genommen worden und ist die Ruhe überall ungestört geblieben, ein Kohlenmangel ist nirgends eingetreten. Die Glasindustrien in Haida hatten sich wegen Beschaffung von Kohlen an den Stathalter Baron Kraus gewendet, welcher für eine Kohlenlieferung aus anderen Revieren unverzüglich Sorge trug.

Graz, 3. Mai. Bei der heutigen Reichsrathswahl wurde Baron Walterskirchen nahezu einstimmig wiedergewählt.

Paris, 2. Mai. Die Wahlen der Maires in den Hauptorten der Arrondissements und Kantons, welche bis jetzt von der Regierung ernannt wurden, haben am letzten Sonntag stattgefunden. Durch dieselben verlieren die Republikaner eine Anzahl Mairien, wie es heißt gegen 300.

Die Deputirtenkammer hat ihre Arbeiten heute wieder aufgenommen. Der Finanzminister Leon Say brachte die Finanzkonvention mit der Orleans-Eisenbahngesellschaft betreffend die Rückzahlung der Staatsvorschüsse ein. Der Justizminister legte einen Gesetzentwurf vor, betreffend das Verbot unsittlicher Publikationen.

Nachrichten aus Rom zufolge hat der König die Ernennung Nigra's zum Botschafter in Paris sanktionirt.

Verantwortlicher Redakteur: P. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mitteilungen und Anträge übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Durchschnitts-Marktpreise nach Ermittlung der f. Polizei-Direktion. Posen, den 3. Mai.

Gegenstand	gute W.		mittel W.		gering W.		Mitte.	
	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.
Weizen	höchster		pro		—		—	
	niedrigster				15	90	15	50
Roggen	höchster	100		—	15	70	15	30
	niedrigster		100		—		—	15
Gerste	höchster		grösst		—		—	
	niedrigster	16	—	15	60	—	—	
Ölser	höchster	15	80	15	30	—	—	15
	niedrigster							68

Andere Artikel	höchst.			niedr.			Mitte.		
	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.
Stroh	6	50	5	50	6	—	Rindf. v. d.	1	30
Rüben	7	—	5	50	6	25	Bauchfleisch	1	—
Kräuter	100	50	—	—	—	—	—	90	95
Heu	—	—	—	—</td					

## Produkten-Börse.

Berlin, 2. Mai. Wind: SW. Wetter: Bewölkt und warm. Für Getreide bot der heutige Markt wider Erwartungen sehr wenig Veränderungen. Rüböl war eher matt, Spiritus fest. Loto-Wiesen behauptete seinen Werth. Im Termin-Berkehr waren die Umsätze ebenso bedeutungslos, wie die Kursvariationen, obwohl New-York merklich bessere Notirungen gesandt hatte. Der Schluss war fast ganz wie der gestrige. Loto-Roggene hatte zu veränderten Preisen schwachen Handel. Der Terminverkehr trug zwar etwas Gerüge, aber die Kursreduktionen beschränkten sich auf kleine Bruchtheile, weil das Gross der Umsätze aus ziemlich umfangreichen Tauschereien nächster auf spätere Sichten bestand, die allerdings dem Marte keine Lebhaftigkeit verliehen. Der Schluss blieb matt, namentlich für Termine neuer Ernte.

Loto-Hafer schwach preishaltend. Termine etwas teurer. Roggengemehl matt mit bestätigtem Schluss. Mais still. Rüböl in naher Lieferung behauptet, war vor Herbst vernachlässigt und billiger, wodurch der Export sich wieder vergrösserte. Petroleum sehr still. Spiritus in effektiver Ware zu merklich erhöhten Preise bei Fabrikanten leicht platzbar, erfreute sich ferner auch auf Termine reger Kauflust und durchgängiger Beleverung, schloss auch recht fest.

Weizen per 1000 Kilo loko 205—235 M. nach Qualität gefordert, abgel. Anmld. — bezahlt, defekter Polnischer — Mark, ab Bahn, per Mai 231½—231 bezahlt, per Mai-Juni 222 bezahlt, per Juni-Juli 220 bez., per Juli-August 213—212½ bez., per September-Oktober 208—208 bez. — Gefündigt 4000 Str. Regulierungspreis 231 Mark. — Roggen per 1000 Kilo loko 150 bis 166 M. nach Qualität gefordert, inländ 158—161½ M. ab Bahn bezahlt, hochfeiner do. — M. a. Bahn bez., def. polnischer — Mark.

Berlin, 2. Mai. Für die heutige Börse lagen wenig anregende Momente vor, und dies war auf die Geschäftsentwicklung um so entscheidender, da die Unternehmungslust des morgigen Feiertags wegen überbaut schon auf ein Minimum eingeschränkt blieb. Wie schon gestern, so bildeten auch heute die Aktien der österreichischen Staatsbahn das Hauptpapier. Für dieselben interessirten sich Wien und Paris in gleicher Weise und namentlich schickte der letztere Platz fortgesetz höhere Notirungen. Während man nämlich bisher den erfolgten Ausgleich der Bahngesellschaft mit der ungarischen Regierung fast bedingungslos als ungünstig auffassen zu müssen glaubte, haben sich die

## Bonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 2. Mai 1882.

Preußische Bonds- und Geld-

Coupe.

Preuß. Königl. Anl. 104,70 bG

do. neue 1878 101,75 bG

Staats-Anleihe 100,75 bG

Staats-Schuldch. 99,00 bG

Ob. Reichs-Obl. 102,70 B

do. 95,75 bG

Soldo. d. B. K. 108,25 B

do. 104,60 G

Zandich. Central 101,00 G

Kur. u. Reumärk. 95,00 bG

do. neue 91,25 G

do. 100,10 bG

do. neue 91,25 G

R. Brandtg. Fred. 91,25 bG

Oppreubische 100,40 bG

do. 91,25 bG

Westfr. italienisch. 91,25 bG

do. 100,70 G

do. I. B. 100,60 B

do. II. Serie 103,70 bG

Reuldsch. II. Serie 104,40 G

do. 103,70 bG

Bohemiche, neue 106,60 B

Sächsische 91,25 bG

Pommersche 100,70 bG

do. 102,70 bG

Schlesische alt. 100,70 B

do. alte A. 100,70 B

do. neue I. 100,70 B

Rentenbriefe: Kur. u. Reumärk. 100,60 G

Vommerische 100,60 G

do. 100,70 bG

do. 102,70 bG

Schlesische alt. 100,70 B

do. alte A. 100,70 B

do. neue I. 100,70 B

Rentenbriefe: Kur. u. Reumärk. 100,60 G

Vommerische 100,60 G

do. 100,70 bG

do. 102,70 bG

Schlesische alt. 100,70 B

do. alte A. 100,70 B

do. neue I. 100,70 B

Rentenbriefe: Kur. u. Reumärk. 100,60 G

Vommerische 100,60 G

do. 100,70 bG

do. 102,70 bG

Schlesische alt. 100,70 B

do. alte A. 100,70 B

do. neue I. 100,70 B

Rentenbriefe: Kur. u. Reumärk. 100,60 G

Vommerische 100,60 G

do. 100,70 bG

do. 102,70 bG

Schlesische alt. 100,70 B

do. alte A. 100,70 B

do. neue I. 100,70 B

Rentenbriefe: Kur. u. Reumärk. 100,60 G

Vommerische 100,60 G

do. 100,70 bG

do. 102,70 bG

Schlesische alt. 100,70 B

do. alte A. 100,70 B

do. neue I. 100,70 B

Rentenbriefe: Kur. u. Reumärk. 100,60 G

Vommerische 100,60 G

do. 100,70 bG

do. 102,70 bG

Schlesische alt. 100,70 B

do. alte A. 100,70 B

do. neue I. 100,70 B

Rentenbriefe: Kur. u. Reumärk. 100,60 G

Vommerische 100,60 G

do. 100,70 bG

do. 102,70 bG

Schlesische alt. 100,70 B

do. alte A. 100,70 B

do. neue I. 100,70 B

Rentenbriefe: Kur. u. Reumärk. 100,60 G

Vommerische 100,60 G

do. 100,70 bG

do. 102,70 bG

Schlesische alt. 100,70 B

do. alte A. 100,70 B

do. neue I. 100,70 B

Rentenbriefe: Kur. u. Reumärk. 100,60 G

Vommerische 100,60 G

do. 100,70 bG

do. 102,70 bG

Schlesische alt. 100,70 B

do. alte A. 100,70 B

do. neue I. 100,70 B

Rentenbriefe: Kur. u. Reumärk. 100,60 G

Vommerische 100,60 G

do. 100,70 bG

do. 102,70 bG

Schlesische alt. 100,70 B

do. alte A. 100,70 B

do. neue I. 100,70 B

Rentenbriefe: Kur. u. Reumärk. 100,60 G

Vommerische 100,60 G

do. 100,70 bG

do. 102,70 bG

Schlesische alt. 100,70 B

do. alte A. 100,70 B

do. neue I. 100,70 B

Rentenbriefe: Kur. u. Reumärk. 100,60 G

Vommerische 100,60 G

do. 100,70 bG

do. 102,70 bG

Schlesische alt. 100,70 B

do. alte A. 100,70 B

do. neue I. 100,70 B

Rentenbriefe: Kur. u. Reumärk. 100,60 G

Vommerische 100,60 G

do. 100,70 bG

do. 102,70 bG

Schlesische alt. 100,70 B

do. alte A. 100,70 B

do. neue I. 100,70 B

Rentenbriefe: Kur. u. Reumärk. 100,60 G

Vommerische 100,60 G

do. 100,70 bG

do. 102,70 bG

Schlesische alt. 100,70 B

do. alte A. 100,70 B

do. neue I. 100,70 B

Rentenbriefe: Kur. u. Reumärk. 100,60 G

Vommerische 100,60 G

do. 100,70 bG

do. 102,70 bG

Schlesische alt. 100,70 B

do. alte A. 100,70 B

do. neue I. 100,70 B

Rentenbriefe: Kur. u. Reumärk. 100,60 G

Vommerische 100,60 G

do. 100,70 bG

do. 102,70 bG

Schlesische alt. 100,70 B

do. alte A. 100,70 B

do. neue I. 100,70 B

Rentenbriefe: Kur. u. Reumärk. 100,60 G